

Begegnung mit Gästen aus Nepal & Filmabend „Einfach MENSCH sein“

Montag, 18. Juni 2018, 18:00 Uhr

Otto-Mauer-Zentrum, Währingerstraße 2-4, 1090 Wien, Mezzanin

Programm:

Um 18:00 Uhr werden die nepalesischen Projektpartner ihre Arbeit vorstellen und es gibt die Gelegenheit zu Gesprächen. Um 19:00 Uhr wird der Film „Einfach MENSCH sein“ von Ernst Zerche und Manuel Prett gezeigt. Regisseur Ernst Zerche wird anwesend sein.

Im Anschluss gibt es ein Buffet

Über den Film:

Klimawandel, Armut, soziale Spannungen... Lauter schlechte Nachrichten, aber was kann man machen? „einfach MENSCH sein“ ist eine filmische Reise zu Menschen, die sich für eine bessere Welt einsetzen. Trotz schwierigster Umstände verlieren sie weder die Hoffnung noch ihre Lebensfreude. Dabei sind es oft verblüffend einfache Schritte, die positive Veränderungen bewirken. Die Spuren führen auch in die Steiermark. Und hier zeigt sich: Wir können Teil des Problems sein – oder Teil der Lösung.

Der Film wird zur Verfügung gestellt vom Welthaus der Diözese Graz-Seckau.

Der Abend ist eine Kooperationsveranstaltung von:

Voluntaris, Referat für Mission & Entwicklung, Missio, Kath. Akademikerverband Wien und Welthaus Wien

Über die Partnerorganisation:

Frau Arati Basnet und ihre Organisation „Care and Development Nepal“ (CDO) (www.caredevelopment.org) unterstützen seit vielen Jahren unterprivilegierte Menschen mit Gesundheits- und

Bildungsprogrammen. Zum Beispiel Saisonarbeiter, die im Kathmandu Tal in der Ziegelherstellung arbeiten und deren Familien. Nach dem verheerenden Erdbeben des Jahres 2015 wurden Hilfsprojekte zum Wiederaufbau umgesetzt.

Die Österreichische NGO VOLUNTARIS entsendet seit sechs Jahren Freiwillige, die CDO in der Umsetzungen der Hilfsprogramme unterstützen. Unter ihnen eine Kinderärztin, die selbst Zeugin des Erdbebens von 2015 werden musste. (siehe Bild, photocredit: voluntaris).

VOLUNTARIS ist auf die Vermittlung älterer Freiwilliger spezialisiert (Altersdurchschnitt 57 Jahre). Die Partnerorganisationen in den Einsatzländern gewinnen für 6 Monate sehr erfahrene und engagierte MitarbeiterInnen. Einige RückkehrerInnen werden bei der Veranstaltung anwesend sein.

Kontakt für **INTERVIEWANFRAGEN** mit der **Projektleiterin** von CDO Frau Arati Basnet (bis 20. Juni) und/oder mit **Freiwilligen** von voluntaris:

Georg Primas, georg.primas@voluntaris.at, 0664 8831 6583

[Newsletter 2/2018](#)

Sehr geehrte Damen und Herren, dreimal im Jahr stellt die Informationsstelle für Journalismus & Entwicklungspolitik (ISJE) einen redaktionellen Newsletter mit Informationen, Kontakten und Hinweisen für JournalistInnen zusammen. Dieses Mal mit folgenden Themen:

- **Nicaragua** – Eine Analyse des Lateinamerika-Experten Ralf Leonhard. [MEHR](#)

- **UN Sustainable Development Goals – die nachhaltigen Entwicklungsziele: Weltweit wichtig, regional richtig!** Recherche-Hinweise, Links, Projekte, Ideen. [MEHR](#)
 - **SDGs** : Eine Analyse von SDG-Watch Österreich. [MEHR](#)
 - **(SDG) Termine:** FAIR Styria – Informationsveranstaltung: Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – Was können Bund, Länder und Gemeinden leisten, 26.6.2018, Graz. Mehr Infos und **österreichweite Termine** siehe unten.
-

Internationale Wahlen...im globalen Süden

- **Juli 2018 Parlamentswahl und Präsidentschaftswahlen in Simbabwe:** Die Wahlen müssen laut Verfassung vor Ablauf der Legislaturperiode des Parlaments, d. h. vor dem 21. August 2018 stattfinden. Eine Verschiebung der Wahlen erschien nach dem Militärputsch 2017. Die regierende ZANU-PF mit Staatspräsident Emmerson Mnangagwa sprach zunächst von September 2018, setzte sich dann aber auf Juli 2018 fest. Für die größte Oppositionspartei MDC soll, nach dem Tod von Morgan Tsvangirai im Februar 2018, Nelson Chamisa ins Rennen gehen.
- **Juli Präsidentschaftswahl in Mali:** Der ehemalige Finanz- und Wirtschaftsminister Mamadou Igor Diarra ist einer der rund 15 Kandidaten, die bei der Präsidentschaftswahl am 29. Juli gegen Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keita antreten. Anfang Juni kam es zu Demonstrationen für eine transparente und glaubwürdige Wahl.
- **Juli Parlamentswahl und Präsidentschaftswahlen in Mexiko:** Mit der Wahl von insgesamt 3.400 MandatsträgerInnen, darunter des Präsidenten, 128 Senatorenposten, 500 Abgeordnete und fast 2.800 lokale VertreterInnen wird es die größte und umfassendste Wahl in der Geschichte des Landes. Mehreren Umfragen zufolge zeichnet sich ein Sieg des linksgerichteten Kandidaten

Andrés Manuel López Obrador ab. Es hatte schon 2006 und 2012 für das Amt an der Staatsspitze kandidiert.

- **Juli Parlamentswahl in Pakistan:** Ende Mai haben sich Regierung und Opposition auf einen Übergangs-Regierungschef verständigt: Nasir ul Mulk, ist ein früherer Vorsitzender Richter des Obersten Gerichts und wird bis zum Amtsantritt der neuen Regierung die Staatsgeschäfte führen. In Pakistan ist es üblich, dass die amtierende Regierung vor Wahlen abtritt, um deren Neutralität zu sichern.
- **Juli Parlamentswahl in Kambodscha:** Seit über drei Jahrzehnten regiert Ministerpräsident Hun Sen von der Cambodian People's Party (CPP) und will das Amt weiterhin besetzen. Ende 2017 hat die Regierung die wichtigste Oppositionspartei, die Cambodian National Rescue Party, aufgelöst. Kritische Medien wurden verboten.

Nachrichten und Analysen zu Lateinamerika finden Sie unter: <https://amerika21.de/>

Termine:

- **20. Juni 2018:** Anlässlich des **Weltflüchtlingstages** am 20. Juni gibt es in Straß in der Steiermark im Rahmen des EU-geförderten Projekts „Snapshops from the Borders“ einen Thementag mit verschiedenen Veranstaltungen: Ein Highlight ist eine **Lesung aus dem Buch „Mein Weg vom Kongo nach Europa“** von Emmanuel Mbolela. Außerdem gibt es die **Ausstellung „Lebenslinien“** mit Portraits von Menschen unterschiedlicher Herkunft, kurze Präsentationen zum Thema Flucht und Migration, sowie eine **Verkostung von Speisen** aus aller Welt. Mehr: suedwind.at/stmk
- **Mai und Juni 2018: Faire Wochen Steiermark**
Initiativen und Organisationen sowie die steirischen

Fairtrade-Gemeinden laden zu Veranstaltungen zu den Themen Globale Verantwortung und Entwicklungszusammenarbeit ein. Im Fokus stehen heuer die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), sowie Menschenrechte: Höhepunkt ist der **FairStyria-Tag** am 26. Juni 2018.

- 22. Juni.2018: [Women on Air – SDGs vermitteln](#) : Dieser Workshop will Community-Radiomacher*innen für feministische Themen im Kontext der SDGs sensibilisieren. Die Teilnahme ist kostenlos. All genders welcome. Anmeldung unter: womenonair@o94.at
- 26.06.2018 Was können Bund, Länder und Gemeinden zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in Österreich leisten? SDG-Informationsveranstaltung im Steirischen Landtag im Zuge von FairStyria <http://www.firstyria.at/cms/ziel/97760936/DE/>
- 26.06.2018: [Junge Stimmen für die Sustainable Development Goals](#) Das Umweltbundesamt und die Jugend-Umwelt-Plattform JUMP laden in Kooperation mit der ÖFSE zu Diskussion und Ausstellungseröffnung mit Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen ein! <http://www.jugendumwelt.at/de/kalender/jungestimmen>
- **Bis Ende Juni** hält Südwind Niederösterreich beinahe **täglich Workshops an Schulen** zur Produktion von Kleidungsstücken, Smartphones, Schokolade, Fußbällen oder Palmöl ab. Bei jedem Workshop – ua. in Mödling, Tulln, Guntramsdorf, Schwechat – gibt es einen Fototermin mit Gemeindevertretung. JournalistInnen sind herzlich eingeladen. Weitere Veranstaltungsorte, Uhrzeiten und Infos gibt es bei Jana Teynor, teynor@suedwind.at
- **22./23. Juni 2018:** Burg Schlaining WELT WEITER DENKEN. SOL-Symposium und mit namhaften Experten/Expertinnen zu den nachhaltigen UN-Entwicklungszielen und ihrer Bedeutung für die Zivilgesellschaft auseinander. Inkl. Burg-Fest. <http://nachhaltig.at/symposium/>
- Bis **September 2018** zeigen im Rahmen des **Festival La**

Gacilly-Baden Photo die besten FotografInnen der Welt zum Thema „I LOVE AFRICA“ faszinierende Bilderwelten in einer vier Kilometer langen Open-Air-Galerie, in der Gartenkunst und Fotokunst verschmelzen. Mehr: <http://festival.lagacilly-baden.photo>

- **26.08.2018:** Forum Alpbach: Dialog Entwicklung: Die UN-Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (in Kooperation mit ADA-Austrian Development Agency)Speakers: Ban-Ki-Moon, Martin Ledolter

<https://www.alpbach.org/de/person/ki-moon-ban/>

- **ÖKO FAIR –Die Tiroler Nachhaltigkeitsmesse**

Von **August bis 2. September 2018** es die erste Tiroler Nachhaltigkeitsmesse – die ÖKO FAIR geben. Es warten zahlreiche AusstellerInnen sowie aktuelle Trends aus den Bereichen Mode & Textilien, Ernährung, Lifestyle, Outdoor und Tourismus und ein breites und vielfältiges Rahmenprogramm zu einem nachhaltigen Lebensstil. Im Rahmen der Messe findet die Veranstaltung „Eine Geschichte aus der Zukunft: die Agenda 2030 wurde erfolgreich umgesetzt“ mit Nadia Prauhart statt.Mehr: <http://www.oeko-fair.at/de/>

Newsletter abonnieren? Bitte einfach & formlos eine Mail an [office\(at\)isje.at](mailto:office(at)isje.at)

[Agenda 2030 & die SDGs auf lokaler Ebene](#)

Handlungsmöglichkeiten, Relevanz und Rahmenbedingungen für Kommunen und lokale Akteure. Eine Analyse von René Hartinger, ÖKOBÜRO und SDG-Watch

Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs): was bedeuten sie auf der und für die lokale Ebene?

Die Agenda 2030 ist ein „Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand“, mit dem die Welt bis 2030 auf den Pfad der Nachhaltigkeit gelenkt werden soll. Adressiert werden die großen, von den Menschen „hausgemachten“ Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Ihr Herzstück stellen die 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) dar. Mit diesen 17 „SDGs“ und ihren 169 Unterzielen wurde zudem erstmals ein für sämtliche Staaten der UNO geltender und integrierter Rahmen für den Weg in eine „gute Zukunft für alle“ innerhalb der „planetaren Grenzen“ geschaffen. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel: weg vom punktuellen oder sektoralen Handeln hin zu vernetztem Denken, integrativen Strategien sowie einer integrativen Sicht- und globalen, solidarisch-partnerschaftlichen Herangehensweise. *„Der Umfang und der ambitionierte Charakter der neuen Agenda erfordern eine mit neuem Leben erfüllte Globale Partnerschaft, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Darauf verpflichten wir uns uneingeschränkt. Diese Partnerschaft wird in einem Geist der globalen Solidarität wirken, insbesondere der Solidarität mit den Ärmsten und mit Menschen in prekären Situationen. Sie wird ein intensives globales Engagement zur Unterstützung der Umsetzung aller Ziele und Zielvorgaben erleichtern, indem sie die Regierungen, den Privatsektor, die Zivilgesellschaft, das System der Vereinten Nationen und andere Akteure zusammenbringt und alle verfügbaren Ressourcen mobilisiert.“* – so der Resolutionstext. „Integrative Sichtweise“ bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem auch eine reflektierte und verantwortungsvolle Herangehensweise an politisches Handeln und Entscheiden. Zum einen wirken sich Maßnahmen ggf. in einer Zieldimension positiv aus, führen in anderen aber zu Trade-

Offs. Das bedeutet, dass Handlungsoptionen immer integrativ beurteilt werden sollten, um das „Ausblenden“ negativer Auswirkungen zu vermeiden. Die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen ist hier außerordentlich geeignet, um als Kompass für verantwortungsvolles und zukunftsorientiertes (politisches) Handeln zu dienen – und das auf jeder politischen Ebene.

Konkrete Handlungsaufträge und Paradigmenwechsel im Denken

Wenn die Agenda 2030 auf ihre Relevanz für lokale Akteure hin gelesen wird, wird oft in einer ersten Reaktion das SDG 11 als „*das für Städte und Gemeinden relevante SDG*“ identifiziert. Tatsächlich finden sich darin viele Handlungsaufträge mit konkretem kommunalpolitischen Bezug – angefangen vom leistbaren Wohnraum bis hin zur integrierten Entwicklungsplanung zwischen ländlichem Raum und Städten. Dass sich aber ausschließlich in diesem elften Ziel die Ansatzpunkte für lokale Akteure fänden ist schlichtweg ein Trugschluss. Jedes einzelne der 17 Ziele bietet – entweder implizit oder explizit – Ansatzpunkte für lokales oder kommunales Handeln.

In einer Untersuchung des deutschen Umweltbundesamtes zur kommunalpolitischen Relevanz der Agenda 2030 wurden beispielsweise beinahe 100 der insgesamt 169 Unterziele (Targets) als kommunalpolitisch relevant eingestuft – also als Unterziele, bei denen es für Kommunen und Lokalverwaltungen Spielraum für politisches Gestalten gibt. Gleichzeitig steckt darin die Herausforderung, dass unterschiedliche politische Ebenen für eine Zielerreichung gut zusammenarbeiten. Kaum eine der Materien lässt sich allein auf einer politischen Kompetenzebene bestmöglich aussteuern. In Österreich ist dies entsprechend der Kompetenzaufteilung der Auftrag zur aktiven und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen lokaler/regionalpolitischer Ebene (Städte, Gemeinden, Bezirke), den Ländern und dem Bund. (Ein Beispiel dazu folgt

in Abschnitt 5)

Es geht bei den SDGs also auch für lokale Akteure darum, zu einem neuen Verständnis der eigenen Handlungsoptionen zu gelangen und eine Reflexion der eigenen (Mit)Verantwortung für den Zustand und die Zukunft unserer Lebensumwelt zu erreichen – im unmittelbaren Umfeld, wie für den Planeten als ganzes. Neben den direkten Handlungsaufträgen, die in den Unterzielen stecken – etwa der Schaffung von Grünflächen und Naherholungsräumen – liefern die SDGs hier als vernetztes Zielsystem damit auch die Grundlage für ein neues, vernetztes Denken. Maßnahmen, die positiv auf ein Unterziel wirken, können in einem anderen negative Folgen haben. In den Zielen und Unterzielen steckt damit auch für lokale Akteure beides: konkrete Handlungsaufträge und ein Paradigmenwechsel im Denken, der auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Zielkonflikten und bessere Reflexion über die Wechselwirkungen und (globalen wie lokalen, kurzfristigen wie langfristigen) Auswirkungen abzielt.

Tiefgreifende Veränderungen statt kosmetischer Korrekturen brauchen integrative Prozesse und Mitsprache

Die Agenda adressiert die großen Herausforderungen, denen wir als Menschheit im frühen 21. Jahrhundert gegenüberstehen: *„Wir haben uns zu einem Zeitpunkt versammelt, in dem die nachhaltige Entwicklung vor immensen Herausforderungen gestellt ist“* heißt es dazu im Resolutionstext. Die zentrale und entscheidendste Frage bei der Umsetzung der Agenda 2030 wird also sein, ob es tatsächlich gelingt, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen anzustoßen, die es braucht, um diese Herausforderung des 21. Jahrhunderts auch zu meistern. Viele dieser großen Bedrohungen sind durch die Menschen „hausgemacht“, und es braucht ein anderes Herangehen, ein „transformatives“ Handeln und Entscheiden, um ihrer Herr zu werden. Die Politik ist hier auf allen Ebenen aktiv gefragt

und in der Verantwortung: Kosmetische Korrekturen, Lippenbekenntnisse oder gar „Etikettenschwindel“ werden weder zu den Fortschritten führen, die uns bei der Bewältigung dieser Herausforderungen weiter bringen, noch werden sie uns helfen, die Chancen, die in dieser Veränderung stecken, aktiv zu nutzen.

Die zuvor bereits genannte Publikation des deutschen Umweltbundesamtes stellt fest, dass die SDGs als Konzept bzw. System sehr gut geeignet sind, um komplexere gesellschaftliche Sachverhalte zu diskutieren und ihrer Vernetztheit gerecht zu werden, ohne einzelne Auswirkungen „unter den Tisch“ fallen zu lassen. Neben dem Einbeziehen unterschiedlicher Interessen und Ansichten sei es darüber hinaus erforderlich, dass die Beschäftigung mit den Zielen zu einem konstruktiven und verantwortungsvollen Umgang mit Zielkonflikten und (globalen) Auswirkungen des eigenen Handelns – auch auf der lokalen Ebene – führt. Es wird explizit vor dem Ansatz des „Rosinenpickens“ gewarnt, bei dem sich Akteure aus Politik, Administration etc. einzelne Ziele oder Unterziele wählen, um diese dann „sektoral“ zu bearbeiten oder ihre Leistungen dazu darzustellen. Dieser Ansatz widerspricht dem Charakter und der Intention der 2030 Agenda grundlegend.

Die NGO WECF, die sich in einer Publikation speziell mit der geschlechtergerechten Umsetzung der Agenda 2030 in Kommunen beschäftigte, merkte an, dass integrative und ressort- bzw. sektorübergreifende Ansätze hierzu eine zentrale Rolle spielen – dies käme in der Praxis aber noch zu viel zu selten vor. Viele der in der 2030 Agenda vorkommenden Themen – etwa die Gleichstellung der Geschlechter – müssten integrale Bestandteile politischer Prozesse sein und könnten nicht als Parallelprozesse gemanaged werden. Gleichzeitig braucht es aber übergeordnete Strategien und politisches Commitment, durch die in der Praxis auch echte Fortschritte erreicht werden. Nur so kann ein solcher „Mainstreaming-Ansatz“ echte Fortschritte bewirken, ohne

Gefahr zu laufen, auf der administrativen Ebene „steckenzubleiben“ oder politisch zur leeren Worthülse zu verkommen.

Aussagekraft der Unterziele

Für ein ausreichendes Verständnis des „transformativen Potentials“, aber auch eine Vorstellung vom Umfang der Herausforderung, die in den SDGs steckt, ist es unbedingt erforderlich, auch die Unterziele zu lesen. Wie eingangs erwähnt geht es darum, integrative Ansätze zu entwickeln, um echte gesellschaftliche Veränderungen auszulösen, und die sektorale Herangehensweise – oft auch als „Silodenken“ bezeichnet – zu überwinden.

Das Unterziel 10.3 des SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ gibt beispielsweise einen guten Eindruck davon, wie tiefgreifend und umfassend der Handlungsauftrag ist, der in dieser Agenda steckt:

„Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren, namentlich durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht“

Allein dieses eine Unterziel gibt – in den unterschiedlichsten Zusammenhängen – Anlass zu zahlreichen Fragen und tiefgreifendem Nachdenken, und das auch im Rahmen lokalpolitischer Überlegungen und Entscheidungen: ob dies nun die beruflichen Chancen für unterschiedliche Gruppen in der Gemeinde betrifft, die Anzahl der Frauen, die in politischen Mandaten in der Stadt/Gemeinde mitbestimmen, die Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes oder beispielsweise auch die Auswirkungen von städtebaulichen oder verkehrspolitischen Maßnahmen, vor dem Hintergrund der Chancengleichheit und der gesellschaftlichen Inklusion.

Um diese Wechselwirkungen sowie die möglichen Synergien und Trade Offs zwischen einzelnen Zielen und Unterzielen zu erläutern eignen sich Beispiele.

Synergien und Zielkonflikte

Untersuchungen zeigen, dass die zu erwartenden Synergien die Trade Offs wesentlich überwiegen, und die Umsetzung der 2030 Agenda für die allermeisten Staaten und Bereiche zu mehr positiven als negativen Effekten führen wird (vgl. etwa Pradhan et Al, 2017). Insbesondere Österreich gehört hier im internationalen Vergleich zu den Ländern mit außerordentlich guten Voraussetzungen & Perspektiven: Einerseits aufgrund der guten „Bestandssituation“, auf die es bei der Umsetzung aufbauen kann, und die beispielsweise im SDG Index deutlich herauskommt. Andererseits aber auch, da die positiven Effekte einer ambitionierten Umsetzung hierzulande gegenüber evtl. Trade Offs besonders stark zu überwiegen versprechen. Dennoch werden nicht alle Maßnahmen frei von Ziel- und Interessenskonflikten bleiben. Ein hoher Lebensstandard führt beispielsweise unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stets auch zu einem übermäßigen ökologischen Fußabdruck und ausgeprägter ökologischer Nichtnachhaltigkeit. Sowohl der SDG-Index 2017 sowie die Auswertung auf Basis des Doughnut-Konzeptes bestätigen diese Diagnose auch für Österreich und zeigen Handlungsbedarf im Umweltbereich auf: unser hoher Lebensstandard beruht nach wie vor auf einer übermäßigen Beanspruchung einerseits der Umwelt, andererseits aber auch auf ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in globalen Zulieferketten etc.

Gerade in diesen Herausforderungen und Zielkonflikten liegt das besonders spannende Element der Agenda 2030 und das für alle politischen Ebenen. Genau darin liegt aber auch ihre zentrale Herausforderung. Im Folgenden sollen diese möglichen Wechselbeziehungen anhand zweier Beispiele diskutiert werden.

In einem dritten Beispiel soll gezeigt werden, dass eine gute Zusammenarbeit der politischen Ebenen für eine Erreichung der Ziele wesentlich und erfolgskritisch ist.

Synergien: Ein sanftes Mobilitätssystem und guter öffentlicher Nahverkehr begünstigen die Entlastung der Umwelt ebenso wie die soziale Inklusion. Denn eine solche Mobilität reduziert nicht nur den Ausstoß an Treibhausgasen und den Bedarf an Energie pro Kopf. Sie inkludiert auch jene, die kein Auto besitzen oder die aufgrund bestimmter Einschränkungen keines lenken können. Darüber hinaus fördert sie auch die Gesundheit der Anwohner (Luftqualität, Lärm, Verkehrsunfälle) und verringert die für den Verkehr benötigte Fläche (Schutz natürlicher Lebensräume, Aufwertung öffentlichen Raumes, bspw. als Naherholungsraum).

Trade Offs: Ein weniger konfliktfreies Feld ist beispielsweise die Energiewende: es ist zwar klar, dass erneuerbare Energieträger dem Einsatz fossiler vorzuziehen sind. Gleichzeitig bedeutet aber der Ausbau erneuerbarer Energie auch, dass es zu Nutzungskonflikten kommen kann – landwirtschaftliche Fläche kann *entweder* zur Herstellung von Agrotreibstoffen *oder* Lebensmitteln verwendet werden (dies gilt auch für die landwirtschaftliche Nutzfläche in anderen Staaten der Welt, die wir durch den Import von Energieträgern oder Lebensmitteln „mitnutzen“).

Der Ausbau der Wasserkraft führt zu Einschnitten in natürliche Flussökosysteme und kann in einem Land wie Österreich eigentlich nur noch vorangetrieben werden, wenn in Kauf genommen wird, dass damit in besonders sensible natürliche Lebensräume vorgedrungen wird und diese dadurch unwiederbringlich verlorengehen. Die Überlegungen in Bezug auf eine Energiewende müssen daher auch dahin gehen, zu reflektieren, wofür wir überhaupt Energie einsetzen und ob wir unseren Gesamtenergiebedarf beispielsweise auch senken können. In einer aktuellen ÖKOBÜRO-Publikation zur „Biodiversitätsschonenden Energiewende“ wird beispielsweise

festgestellt, dass eine Energiewende und ein Aus für fossile Energieträger in Österreich unter Schutz und Erhaltung der Biodiversität sehr wohl gelingen kann – jedoch nur, wenn es gelingt, den Energieverbrauch bis 2050 zu halbieren.

Trade-Offs sind aber auch keine Sackgassen: Wo sie festgestellt werden, können ggf. mit der Zeit durch Innovation oder Querdenken nachhaltige und faire Lösungen gefunden werden.

Kompetenzaufteilung und ressort- bzw. sektorübergreifende Zusammenarbeit als Herausforderung: Gesundheitsaspekte beispielsweise sind von Entscheidungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen abhängig: ein gesundes Leben beruht zum einen auf einem hochwertigen Gesundheitssystem sowie einem guten und inklusiven Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. Gleichzeitig spielen aber auch lokale Faktoren – die Grünfläche als Naherholungsraum vor der Haustür (SDG11), die Belastung durch Lärm und Schadstoffe am Wohnort (SDG3) etc. – eine zentrale Rolle, um die Gesundheit der Menschen sicherzustellen. Aber auch Fragen des Arbeitsrecht (SDG8), der Ernährung (SDG2), der sozialen Absicherung (SDG1) oder des Zugangs zu sauberem Wasser (SDG6) oder hochwertigem Wohnraum (SDG11) sind wichtige Rahmenbedingungen für Gesundheit und Wohlergehen der Menschen. Gute Rahmenbedingungen für ein Leben in Gesundheit und Wohlergehen können also nur durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Ebenen gewährleistet werden.

Ansatzpunkte für eine Implementierung auf lokaler Ebene

Ein partizipatives und transparentes Herangehen an politische Fragen und Entscheidungen ist eine wichtige Grundlage für eine konstruktive Auseinandersetzung mit derart vernetzten Fragestellungen. In deutschen Kommunen kommt laut Umweltbundesamt als häufigster Ansatz ein

„Multistakeholderansatz“ zum Einsatz, um die Einbindung unterschiedlicher Sichtweisen in die politische Entscheidungsfindung zu gewährleisten (wie dieser in einer Kommune dann jeweils ausgestaltet ist, ist sehr vielseitig). Dieses Einbeziehen von Sichtweisen kann zu besserem Verständnis der Wechselwirkungen zwischen einzelnen Zielen und den lokalen und globalen Auswirkungen führen, und ggf. sogar in integrierte Strategien münden, die dann die Grundlage für die langfristige Weiterverfolgung der Ziele werden.

Eine Kommune kann aber beispielsweise auch durch Informationsarbeit etwas bewirken, oder indem sie Bürgerinnen und Bürger zum Aktivwerden animiert und bei der Umsetzung eigener Projekte und Ideen für nachhaltige Entwicklung und globale Partnerschaft unterstützt. Ein weiterer wichtiger Hebel ist die öffentliche Beschaffung. Kommunen haben hier im Rahmen der eigenen Einkaufspolitik die Möglichkeit zu verantwortungsvollem und nachhaltigem Handeln.

Die „Bausteine zur lokalen Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs)“ des österreichischen Städtebund und des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – setzen an diesem Grundgedanken der „Vielfalt an Handlungsmöglichkeiten“ an und fassen für Städte und Gemeinden, die zu den SDGs aktiv werden wollen, folgende Empfehlungen zusammen:

- **SDG Prozess in der Stadt starten**
- für die SDGs sensibilisieren („Awareness Raising“)
- Stakeholder einbeziehen, um die Ziele zu erreichen.
- **Festlegen einer lokalen SDG-Agenda**
- SDGs in die kommunale Praxis vor Ort übersetzen
- konkrete Projekte für nachhaltigere soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele definieren und umsetzen
- **Monitoring, Bewertung & Governance**
- Sicherstellen, dass die SDG-Implementierung auf Kurs bleibt
- reaktionsfähige und verantwortungsvolle Governance

aufbauen

- **Öffentlichkeit beteiligen – Partizipation gewährleisten**
 - Anreize für das Mitmachen schaffen
-

Lokale Ebene als politischer Gestalter, Bund als zentraler Akteur: Verantwortung des Bundes und Bedeutung kompetenzübergreifender Zusammenarbeit von nationalen und lokalen Stellen

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass lokale Akteure unerlässlich sind, um die globalen Ziele letztendlich auch erfolgreich zu verwirklichen. Um konstruktive Prozesse in Gang zu bringen, ist es also essentiell, dass sich Kommunen als verantwortungsvolle politische Gestalter begreifen. Aber auch auf anderen politischen Ebenen liegen wesentliche Teile der Umsetzungsverantwortung, und für eine erfolgreiche Herangehensweise ist eine Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen erfolgsentscheidend und unverzichtbar.

Wie in Abschnitt 2 und 5 bereits ausgeführt kommt der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen hier besondere Bedeutung zu. Im Resolutionstext der Agenda wird dazu sowohl die *„Hauptverantwortung der Regierungen für die bis 2030 erreichten Fortschritte“* festgehalten, als auch explizit betont, dass die Regierungen für die Umsetzung der Agenda mit *„regionalen und lokalen Behörden, subregionalen Institutionen, Hochschulen, philanthropischen Organisationen, Freiwilligengruppen“* etc. zusammenarbeiten sollen.

Die österreichische Bundesregierung ist hier in Hinsicht auf die Gesamtumsetzung der wichtigste politische Akteur. Leider versteht sie sich aber bis heute nicht als die Trägerin der politischen Hauptverantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Verwirklichung ihrer Ziele. Mit dem Ministerratsbeschluss 2017 wurde die Agenda 2030 durch die Bundesregierung lediglich *„zur Kenntnis genommen“*, mit ihrer

Umsetzung wurden „*die Bundesministerien beauftragt*“. Bis heute hat die Regierung ihre wichtige Schlüsselrolle aber offenbar nicht erkannt und nimmt sie dementsprechend unzureichend wahr.

Nur wenn ein ausdrückliches politisches Bekenntnis auf höchster nationaler Ebene – also von der Bundesregierung – vorliegt, und diese die Verantwortung für die Gesamtumsetzung der Agenda 2030 in Österreich aktiv in die Hand nimmt, können die beauftragten nationalen Stellen ihre Potentiale ausschöpfen und zu den Spielmachern werden, die es für einen transparenten und partizipativen Umsetzungsprozess braucht.

Transparent bedeutet: Pläne, Arbeitsprogramme, Prozesse, Verantwortlichkeiten, Indikatoren etc. sind vorhanden und für alle interessierten Stakeholder zugänglich und nachvollziehbar. Partizipativ bedeutet dabei: diese Pläne, Prozesse etc. werden unter Einbeziehung aller wichtigen Stakeholdergruppen – Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Lokale Ebene und Regionalverwaltungen etc. – erarbeitet und kontinuierlich mit diesen diskutiert und weiterentwickelt.

Derzeit herrscht hier in Österreich jedoch leider noch höchste Intransparenz sowie weithin fehlende Koordination und Partizipation. Eine Studie des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung aus 2017 hat hier dementsprechend auch – wenig überraschend – ergeben, dass sich Österreichs Städte und Gemeinden mehr Unterstützung durch die nationalen Koordinierungsstellen (dies sind derzeit das BKA und das BMEIA) wünschen. Auch die seit langem fruchtlos vorgebrachten Forderungen der Zivilgesellschaft – heute in der Plattform SDG Watch Austria gebündelt – sowie von Akteuren aus der Wissenschaft etc. an die Bundespolitik indizieren diesen Stillstand in aller Deutlichkeit.

Der derzeitige Umsetzungsprozess in Österreich wird dem Anspruch der Agenda 2030 an Transparenz, Stakeholder-Einbindung und Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen

somit bei weitem noch nicht gerecht. Damit fehlen bislang wichtige strukturelle Voraussetzungen für die Erreichung von Fortschritten. Die Vorarbeiten für den für 2020 angekündigten ersten Fortschrittsbericht an die UNO, der nach Angaben des Bundeskanzlers vom Februar 2018 „im Zusammenwirken mit allen relevanten Stakeholdern erstellt und dem Nationalrat vorgelegt“ werden soll, könnte hier die nächste – zwar im internationalen Vergleich reichlich späte, aber immerhin hierzulande nächste – Gelegenheit für den Start des eigentlichen Umsetzungsprozesses in Österreich sein. Eine weitere Gelegenheit böte sich, wenn die Ankündigungen wahr gemacht werden, dass die Umsetzung der Agenda 2030 auch im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft eine wichtige Rolle spielen wird. Auch hier könnte der Stillstand durchbrochen werden und Schwung in den nationalen Umsetzungsprozess kommen.

Ebenso wie die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und die Wirtschaft sollten hier, wenn die Regierung ihre Ankündigungen ernst nimmt, auch die österreichischen Städte, Gemeinden und lokalen Akteure darauf hoffen können, von den nationalen Stellen in einen strukturierten und partizipativen Umsetzungsprozess einbezogen zu werden, wie ihn etwa SDG Watch Austria bereits seit 2017 einfordert.

Aller Voraussichtlich nach wird unser Land erst als eines der letzten Länder in der EU und weltweit an die UNO berichten, Wesentlich ist unter diesen Voraussetzungen daher auch, dass Österreich in der Zeit bis zu seinem ersten Bericht zumindest von jenen Staaten, die heute bereits aktiv berichten, lernt, und die Erfahrungen aus den internationalen Good Practise Beispielen für sich und seinen nationalen Umsetzungsprozess nutzt. Nur so könnten die 5 Jahre, die zwischen Beschluss der Agenda und dem ersten Bericht Österreichs liegen werden, so zumindest noch indirekt genutzt werden.

Deutschland beispielsweise ist hier im Rahmen von Aktivitäten

des Bundes mit lokalpolitischem Fokus sehr aktiv und stellt Kommunen und Akteuren auf lokaler Ebene, die sich zur Agenda 2030 engagieren wollen, konkrete Unterstützungsangebote zur Verfügung (z.B.: Engagement Global & Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Forschungen des Umweltbundesamtes zur Unterstützung der Umsetzung auf lokaler Ebene, „Dialog Nachhaltige Stadt“ des Rats für Nachhaltige Entwicklung, Arbeitskreis zur Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene etc.). In Österreich beschränkt sich das Engagement der nationalen Stellen leider auch in diesem Feld nach wie vor auf eine wenig ambitionierte Informations- und Vortragstätigkeit.

rene.hartinger@oekobuero.at

Projektleitung – Nachhaltige Entwicklung und Kommunikation
ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung
Koordinator für SDG Watch Austria

QUELLEN und weiterführende Informationen: (siehe [Download pdf](#))

SDGs – die nachhaltigen Entwicklungsziele

SDGs – Nachhaltige Weltziele weltweit wichtig! Regional richtig!

... Recherche-Hinweise, Links, Kommentar

Die Sustainable Development Goals (SDGs), die 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung, beschlossen von den Vereinten Nationen, sind seit 1. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren (bis 2030) weltweit in Kraft. Sie sind komplex und bisher vor allem Theorie. Mittlerweile nehmen die Wege dorthin aber Gestalt an – bis oder gerade auf regionaler Ebene auch in Österreich. Was es dazu zu sehen, zu wissen und zu erzählen gibt, lesen Sie hier.

[Download \(pdf\)](#)

Agenda 2030 & die SDGs auf Lokaler Ebene: Handlungsmöglichkeiten, Relevanz und Rahmenbedingungen für die Kommunen und lokale Akteure: Analyse und Darstellung von René Hartinger, Ökobüro und SDG-Watch. [Mehr](#)

Interessante Aspekte und Recherche-Ideen zu SDGs und ihre regionale Umsetzung:

- Kommt das Konzept der SDG bei der Bevölkerung an?
- 17 Ziele – können sie wirklich nachhaltig die Welt retten?
- Was haben die Vorgänger-Ziele, die Millennium Development Goals gebracht? Und was können die SDG

leisten?

- 17 Ziele für alle – von der Innovation einer globalen Aufgabe
 - Haben die Ziele das Potential Grundlage einer breiten Bewegung zu werden
 - Schul- und Gemeindeprojekte zu den SDGs begleiten. Siehe Projekte.
-

Projekte

- **Südwind SDG-(Video)Workshop mit SchülerInnen.** Ergebnisse werden in Zusammenarbeit mit Fernseh/Print/Online –Medien gezeigt. Bsp. <https://www.youtube.com/watch?v=dm-N3odR8tM>
- Schulprojekt „**Start the change**“ in OÖ an der PH: „Handlungsanweisungen“ für die Umsetzung der SDGs <https://www.facebook.com/StartTheChangeProject/photos/a.187321731877641.1073741828.186226408653840/204863946790086/?type=3&theater>
- Projekt: **Junge WeltbürgerInnen für unsere Gemeinden.** Jugendliche setzten die SDGs in ihren Gemeinden um. Kontakte für Nachfrage zu bestimmten Projekten
Kontakt Steiermark: <https://www.suedwind.at/steiermark/angebote/junge-weltbuengerinnen/>
Kontakt Vorarlberg: https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/Regionalstelle_Vorarlberg/Junge_Weltbu_rgerInnen_broschu_re_VBG.pdf
- **SDG Initiative 2018:** Die AG Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe nützt die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, um die mediale und inter-/nationale Aufmerksamkeit auf die Agenda 2030 zu rücken und sie damit stärker ins öffentliche und politische Bewusstsein zu bringen <https://www.globaleverantwortung.at/sdg-initiative-2018>

- **Projekt „Our-world“** – SDG Trainings für JugendarbeiterInnen:
<https://www.bjv.at/activities/our-world-global-denken-lokal-handeln/>
- **Land NÖ: Globale Ziele „17 und wir“**. Wir suchen lokale **Schätze!** Mit dem Projekt „17 und wir“ werden die globalen Ziele in Niederösterreich mit Leben erfüllt. In NÖ wurden bereits viele zukunftsfähige Aktivitäten, die in diese Richtung gehen, umgesetzt. Genau solche „Wegweiser“ werden mit der Initiative sichtbar gemacht. Große wie kleine Beispiele werden präsentiert, ausgezeichnet und öffentlichkeitswirksam ins Blickfeld gerückt (2018/19). Mitmachen | Einreichungen bis 31. Okt. 2018 <https://17undwir.at/das-projekt/>
- In NÖ finden außerdem jedes Jahr im Frühjahr die **Fairen Wochen** mit über 100 Ausstellungen, Workshops und Veranstaltungen in Schulen, Gemeinden und Regionen statt.
- **PH Hochschultag** in OÖ zu „Start the Change“ im Herbst. Kontaktpersonen: Rosel Postuvanschitz (pos@ph-linz.at) und Thmoas Mohrs (mohrs@ph-ooe.at)
- **FairStyria**: ist die ressortübergreifende Dachmarke des Landes Steiermark für Aktivitäten im Bereich der globalen Verantwortung und Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene. Auch hier finden jedes Jahr im Frühjahr faire Wochen mit vielen lokalen und regionalen Veranstaltungen statt. **Achtung! Läuft noch 26. Juni!** (siehe SDG-Termine z.B. am 26.6.18) fairstyria.at

Organisationen / Ansprechpersonen

- **SDG Watch Austria**: Zivilgesellschaftliche Plattform von über 120 Organisationen für die Verwirklichung der UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs): www.sdgwatch.at
- **Ban Ki-moon Centre for Global Citizens**: in Wien seit

Jänner 2018 gegründet von Ban Ki-moon und dem ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer.:
<https://bankimooncentre.org>

- Sammlung an internationalen Beispielen von der lokalen Umsetzung von den Nachhaltigkeitszielen:
<http://localizingthesdgs.org/>
- Zentrum für Verwaltungsforschung zu den SDGs in ö. Städten, z.B. diese Veranstaltung:
<http://kdz.eu/de/content/die-sdgs-meiner-stadt-leoben-2018>
- Viele EZA-Organisationen in Österreich, die Projekte umsetzten: Südwind, Jugend eine Welt, Globale Verantwortung, JUEFE u.v.m.

Veranstaltungsreihen und Veranstaltungen

- <https://www.nachhaltigesoesterreich.at/>
- <http://www.fairstyria.at/>
- Faire Wochen:
http://www.noe.gv.at/noe/Klima/Faire_Wochen_2018.html
- SOL-Symposium 2018: Fr./Sa., 22./23. Juni 2018, Burg Schlaining (Südburgenland):
<http://nachhaltig.at/symposium/>
- Musical: Solve it – Die Zeit läuft: Die JugendbotschafterInnen der Caritas Vorarlberg bringen mit ihrem neuen Bildungsmusical die Ziele für nachhaltige Entwicklung auf die große Bühne. Eine packende Story über unsere Zukunft:
<https://www.caritas-vorarlberg.at/mithelfen/auslandshilfe/jugendbotschafter/musicals/>
- Workshops mit 40 junge Erwachsene, die in Innsbruck, Graz und Wien zu SDG-BotschafterInnen ausgebildet werden:
<https://www.globaleverantwortung.at/sdg-botschafterinnen-junge-menschen-engagieren-sich>

Leitlinien/ Handbücher/ Artikel

- **SDGS in der Österreichische Gemeindezeitschrift:**
https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/oegz/dokumente/0eGZ_2_2018.pdf
- **SDGS im Südwind-Magazin:**
<https://www.suedwind-magazin.at/provinz-trifft-welt>
<https://www.suedwind-magazin.at/mehr-als-zusatz-ortstafeln>
- Interview mit dem deutschen Entwicklungsforscher **Dirk Messner** zu den SDGs
https://www.suedwind-magazin.at/wissensmodus-statt-krise_nodus
- **SDGs in WeltverbesserIn:**
https://www.suedwind.at/fileadmin/user_upload/suedwind/30_Informieren/WeltverbesserInnen/weltverbesserIn_2-2016_web-1.pdf
- **ÖFSE-Kommentar:**
<https://www.oefse.at/publikationen/aktueller-kommentar/aktueller-kommentar-dezember-2017/>

Medien (Kurzfilme etc.)

- **Brot für die Welt: Kurz erklärt: Nachhaltige Entwicklungsziele**
<https://www.youtube.com/watch?v=nFQlWeuHmIA>
- **Promi-Video: „We the people for the Global Goals“**
<https://www.youtube.com/watch?v=RpgVmvMCmp0>
- **SDG- Videoworkshop (Südwind):**
<https://www.youtube.com/watch?v=dm-N3odR8tM>

SDG-Termine: <https://www.sdgwatch.at/de/veranstaltungen/>

Nicaragua steuert aufs Chaos zu

Nicaragua steuert aufs Chaos zu

Wie es so weit kam, schildert Ralf Leonhard nach einem Lokalaugenschein.

139 Tote lautet die Bilanz in der zweiten Juni-Woche nach sieben Wochen Aufstand gegen das autoritär regierende Präsidentenpaar Daniel Ortega und Rosario Murillo in Nicaragua. Fast alle gehen auf das Konto der Anti-Aufruhrpolizei und der regierungstreuen Schlägertrupps, die als Sandinistische Jugend auftreten. Die Polizei schießt, um zu töten: in den Kopf, in den Hals, in den Oberkörper. Das haben Amnesty International und die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) bestätigt, die Mitte bzw. Ende Mai das Land besuchten.

Überproportionaler Polizeieinsatz schafft Protest

Die Methoden der Einschüchterung von Protestbewegungen haben in der Vergangenheit gut funktioniert: bei Demonstrationen gegen den Plan, einen interozeanischen Kanal zu bauen oder bei Protesten gegen Pensionskürzungen. Diesmal verfehlte das brutale Vorgehen sein Ziel. Der offensichtlich überproportionale Polizeieinsatz, die Übergriffe der zivilen Schlägertrupps, die JournalistInnen die Kameras stahlen, waren live im privaten Fernsehen zu sehen. Videos verbreiteten sich außerdem in Windeseile über die sozialen Medien. Und je mehr Blut friedlicher DemonstrantInnen floss, desto größer wurde die Protestbewegung.

Erhöhungen der Beiträge zur durch Nepotismus heruntergewirtschafteten Sozialversicherung waren nur der Auslöser. Unmittelbar vorher waren schon Proteste gegen die Brände im Tropenwaldschutzgebiet Indio Maíz brutal unterdrückt worden. Jeder weiß, dass Präsident Ortega und hohe Militärs in den illegalen Holzhandel verwickelt sind. Vieles deutet darauf hin, dass die Brände gelegt wurden. Jedenfalls unternahm die Regierung lange Zeit gar nichts und lehnte sogar die Hilfe einer spezialisierten Feuerwehrbrigade aus Costa Rica ab.

Diese Proteste wurden von ökologisch interessierten StudentInnen getragen, die dank sozialer Medien nicht allein auf die Propaganda der fast völlig von der Regierung und der Familie Ortega kontrollierten Medien angewiesen waren.

Rot-schwarze Fahne der SandinistInnen wurde zum Hassobjekt. Inzwischen hat sich die Protestbewegung, die keinen sichtbaren Kopf hat, auf fast alle wichtigen Städte ausgedehnt. In Managua, Masaya und Granada sind wichtige Straßen durch Barrikaden aus Pflastersteinen abgesperrt. Das erinnert an den Volksaufstand von 1979, als die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) gegen den Diktator Anastasio Somoza kämpfte. Allerdings ist die rot-schwarze Fahne der SandinistInnen inzwischen zum Hassobjekt geworden. Daniel Ortega, einst einer der neun Kommandanten des Nationaldirektoriums und bis 1990 Präsident des Landes, regiert wieder seit 2007. In elf Jahren ist es ihm gelungen, die Opposition fast völlig auszuschalten und dank venezolanischer Öllieferungen soziale und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen. Seit zwei Jahren fließt das Öl aus Venezuela nicht mehr. Größere wirtschaftliche Verwerfungen stehen bevor. Ortegas Pakt mit der Unternehmerschaft, der sogar in der Verfassung verankert wurde, ist geplatzt.

Versuche der Bischofskonferenz, über einen Nationalen Dialog eine politische Lösung der Krise einzuleiten, sind gescheitert. Die Regierung zeigt sich absolut unwillig, auch nur die kleinste Konzession zu machen. Darauf hat sich auch die Position der Gegenseite verhärtet. Da sind

UnternehmerInnen, Bäuerinnen und Bauern, StudentInnen, AkademikerInnen und Frauenorganisationen vereint. Sie fordern den sofortigen Rücktritt des Präsidentenpaares.

Land paralysiert

Zusätzlich verkompliziert sich die Lage dadurch, dass immer mehr Gruppen, die von der Oppositionsbewegung nicht kontrolliert werden, ihr eigenes Spiel spielen. Sie bedrohen Menschen und ganze Stadtviertel, die als regierungstreu gelten, rauben Geschäfte aus und haben in Managua einen Ortega-Sender und in Granada das Rathaus in Brand gesteckt. Durch diese Gruppen und die Straßensperren ist die Versorgungslage in manchen Gegenden inzwischen prekär. Geschäfte werden nicht mehr beliefert, Menschen wagen sich nicht mehr auf die Straße. Zuletzt hat Ortega signalisiert, dass er zumindest einer Vorverlegung der nächsten Wahlen von 2021 auf 2019 zustimmen könnte. Aber, wie der Schriftsteller Sergio Ramírez, einst Vizepräsident unter Daniel Ortega zuletzt in der taz (<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5505666&s=Leonhard/>) sagte: *„Er hat keine Alternative zum Leben an der Macht. Er hat viel Geld angehäuft aber ihm geht es nicht um Reichtum, den er irgendwo im Exil genießen will. Das Geld ist nur ein Instrument der Macht“*.

Ralf Leonhard war in den 1980er und 1990er Jahren mehr als 14 Jahre als Korrespondent in Nicaragua und hat das Land im vergangenen Mai zuletzt besucht.

Kundgebung: Die bessere,

öffentliche Medienenquete

6.6 um 6h am Karlsplatz | Unmittelbar vor der Medienenquete der Regierung am 7. und 8. 6. findet die bessere, größere, öffentliche Medienenquete statt – als Kundgebung mit Festcharakter, mit Reden und Musik. Im öffentlichen Raum und frei zugänglich.

<http://www.wirfuerdenorf.at/>

Medien-Enquete

Die Bundesregierung lädt alle Menschen in Österreich ein, Inputs zu den drei Fragestellungen der Medien-Enquete von 7. – 8. Juni 2018 zu senden:

Fragestellung 1: Öffentlich-rechtlicher Auftrag und „Public Value“

Wie sollte der öffentlich-rechtliche Auftrag und der gesellschaftliche Mehrwert, den dieser Auftrag gewährleisten soll, in einer zunehmend digitalisierten Welt abgegrenzt, definiert und weiterentwickelt werden?

Fragestellung 2: Finanzierung und Förderung

Der österreichische Medienmarkt steht vor großen Herausforderungen: Es ist ein kleiner Markt, der aufgrund der

gemeinsamen Sprache eng mit dem zehnmal so großen deutschen Markt verknüpft ist. Wie soll und kann zukunftsfähige Medienfinanzierung aussehen?

Fragestellung 3: Digitalisierung und Demokratie

Die Digitalisierung – insbesondere der Erfolg sozialer Netzwerke und des Smartphones – verändert den gesellschaftlichen Diskurs und die mediale Öffentlichkeit rasant. Was kann zeitgemäße Medienpolitik zu sachlicher und unaufgeregter Kommunikation und Information beitragen?

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/medienenquete>

Programm:

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/432952/ProgrammMedienenquete-2018+de/5d01430c-2e48-43f0-bd76-fbc945907718>

Intervieweinladung: Kenia – Kampf gegen Menschenhandel

Verkauft als Sklaven, Kindersoldaten, zur Prostitution gezwungen, als billige Arbeitskräfte missbraucht: Menschenhandel hat viele Gesichter und zählt zu einem der grausamsten aber auch am schnellsten wachsenden internationalen Verbrechen, die oft ungestraft und verborgen bleiben.

In Kenia bringt die Organisation HAART (Awareness Against Human Trafficking) Licht in die dunklen Machenschaften des organisierten Verbrechens und kümmert sich um die Opfer.

Radoslaw Malinowski, der Gründer der Organisation HAART und sein Kollege Fr. Jean De Dieu Bukuru, ein Missionar aus Burundi, sind zu Gast in Wien und stehen am 25. Mai 2018 nach Terminvereinbarung für Interviews zur Verfügung. (Die beiden Gäste sprechen Englisch)

Ort: Konferenzraum der Jesuitenkirche, Doktor-Ignaz-Seipel-Platz 1, 1010 Wien

Fr. De Dieu Bukuru, wurde selbst Opfer von Menschenhandel. Als Junge entführten ihn Rebellen und zwangen ihn in den 90ern als Kindersoldat im Bürgerkrieg in Burundi zu kämpfen. Nach Jahren der brutalen Ausbeutung und Zwangsarbeit gelang es ihm, sich zu befreien, wonach er den „Missionaries of Africa“ beiträt.

Radoslaw Malinowski ist Gründer und CEO von HAART Kenya, der größten Organisation Kenias, die sich für die Opfer von Menschenhandel einsetzt. Der studierte Jurist und Theologe hat bereits in Süd Afrika und Malawi mit Betroffenen gearbeitet.

Aus Österreich wird HAART Kenya unter anderem von der Jesuitenmission und der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar unterstützt.

Infos zu HAART: <http://haartkenya.org/>

Rückfragen:

Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar;

Georg.Bauer: Georg.Bauer@dka.at

Mobiltel. 0676/88 011 – 1073; Tel: 01/481 09 91-42,

Wilhelminenstraße 91/2 f, 1160 Wien,

www.dka.at

Interviewtermin mit Felix Jaitner, Evgenij Milevskij und Ingo Petz

Russland und die WM 2018. Spiel für Menschenrechte!?

Mi., 23. Mai 2018 // 17:00-18:30 // Wien

Vier Jahre nach den Olympischen Spielen in Sotschi findet in Russland mit der WM 2018 das nächste Sportgroßereignis statt. Das Gastgeberland möchte sich mit einem erfolgreichen Turnier in einem positiven Licht präsentieren. Die österreichische Initiative „OUR GAME – Unser Spiel für Menschenrechte“ macht auf Diskriminierung, Ausgrenzung und Ausbeutung im Vorfeld und bei der Austragung der WM 2018 aufmerksam und lässt Sportler, Wissenschaftler und Experten zu Wort kommen.

Felix Jaitner, Evgenij Milevskij und Ingo Petz stehen für Interviews zur Verfügung: Mi., 23. Mai 2018 // 17:00-18:30 // Hauptbücherei am Gürtel // Urban-Loritz-Platz 2a, 1070 Wien

Felix Jaitner: Politologe und Osteuropaexperte an der Universität Wien spricht über die jüngsten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des WM-Gastgeberlands Russland, insbesondere über die zunehmend autoritären Tendenzen des Putin-Regimes.

Evgenij Milevskij: ehemaliger Fußballprofi u. a. Spartak Moskau, Austria Wien. Managing Director Russia, Ukraine & Baltic States bei Soravia Real Estate Ltd. Der frühere Direktor des lettischen Fußballverbands ist ein ausgewiesener Kenner des russischen Fußballs.

Ingo Petz: Autor und Journalist, studierte Geschichte und

Slawistik an der Universität Wolgograd. Als Mitarbeiter des Fan-Projekts fankurve-ost.de in Berlin organisiert er Seminare für junge JournalistInnen und aktive Fans aus Russland. Petz spricht über das Thema Fußball-Fankultur in Russland und Zivilgesellschaft.

Zur Vereinbarung von Interviewterminen wenden Sie sich bitte an Kurt Wachter (VIDC-fairplay Initiative), +43 1 7133594-90, wachter@vidc.org

Im Anschluss (19:00) findet eine Ausgabe von „**Club 2×11 – die Fußballdiskussion**“ statt. Moderiert von Georg Spitaler (ballesterer, Politologe, Historiker) sprechen die Interview-Partner über die Erwartungshaltung von Veranstaltern, Beobachtern und Fans und beleuchten die aktuelle russische Fußballszene. Diese Veranstaltung wird von ORF Sport + live übertragen und findet in Kooperation mit Büchereien Wien, ballesterer, fairplay Initiative und tipp3 statt.

OUR GAME

Die gemeinsame Initiative „OUR GAME – Unser Spiel für Menschenrechte“ vom Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (fairplay-VIDC), Südwind und der Frauen*solidarität steht für eine innovative entwicklungspolitische Bildungs-, Kultur- und Informationsarbeit und setzt sich für bindende Menschenrechtsstandards bei Sportgroßereignissen ein. OUR GAME ist das Nachfolgeprojekt von „Nosso Jogo“, das die Fußball-WM 2014 und die Olympischen Spiele 2016 in Brasilien im Fokus hatte.

Mehr Infos zu OUR GAME finden Sie unter www.ourgame.at

Die Initiative „OUR GAME – Unser Spiel für Menschenrechte“ wird mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt.

Interviewmöglichkeit am 15.5: Der Fall Mariana, Brasilien

Intervieweinladung:

Am 5. November 2015 brach der Damm des Rückhaltebeckens der Eisenerz-Mine der Firma Samarco nahe der Kleinstadt Mariana im Bundesstaat Minas Gerais im Südosten Brasiliens. Millionen von Kubikmetern gefährlichem Bergwerksschlamm machten sich auf den 680 Kilometer langen Weg bis zum Meer. Auf diesem Weg begrub ein Tsunami aus Schlamm Menschen, Häuser, Kirchen und ganze Dörfer unter sich und tötete 19 Menschen. Er verseuchte das Wasser und den Boden für unabsehbare Zeit. Das Desaster von Mariana gilt als die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte Brasiliens. Zweieinhalb Jahre nach der Katastrophe sind immer noch viele Verfahren gegen die Behörden, das brasilianische Unternehmen Samarco und die Aktionärsfirmen und Bergbaugiganten BHP Billiton und Vale anhängig und die Betroffenen warten weiterhin auf angemessene Entschädigung.

Maria José Horta Carneiro Silva ist eines der Opfer. Gemeinsam mit Joceli Andrioli von der „Bewegung der Staudambetroffenen“ ist sie auf Einladung der Dreikönigsaktion zu Gast in Wien und steht am 15.5.2018 ab 12.00 nach Terminvereinbarung für ein Interview zur Verfügung. Die beiden Gäste sprechen portugiesisch, für Übersetzung ist gesorgt.

Zu den Personen:

Maria José Horta Carneiro Silva, genannt Lilica, lebte in der Gemeinde Ponte do Gama, im ländlichen Bereich des Bezirks Mariana, im Bundesstaat Minas Gerais. Sie wohnte zusammen mit ihrem Ehemann und ihrer zwölfjährigen Tochter auf einem Bauernhof, auf dem sie auch arbeitete. Die Aufgaben von Lilica

auf diesem Hof waren die Milchproduktion für ihre Familie und der Anbau von Eukalyptus für die Besitzer des Betriebs. Ihre Eltern lebten in einem Haus oberhalb von ihrem, in derselben Gemeinde. Lilica war nicht Eigentümerin des Landes, auf dem sie lebte. Durch den Bruch des Staudamms von Samarco wurde ihr Haus zerstört und das Land, auf dem sie arbeitete, ist bis heute von giftigen Schlammablagerungen bedeckt. Für die Landwirtschaft ist es nicht mehr nutzbar. Ihre Mutter bekam nach dem Staudammbruch eine starke allergische Reaktion. Lilica kämpft für das Recht auf Entschädigung und die vollständige Registrierung und Entschädigung der Geschädigten und ist Aktivistin der Bewegung der Staudambetroffenen.

Joceli Andrioli wurde 1979 im Bezirk Itá im brasilianischen Bundesstaat Santa Catarina geboren. Er stammt aus einer kleinbäuerlichen Familie, die 1987 durch den Bau des Staudamms Itá vertrieben wurde. Die Familie verlor nicht nur das Land, auf dem sie als Pächter lebte und arbeitete, sondern auch ihre Lebensgrundlage.

Zusammen mit den anderen Kleinbauern von Itá schlossen sie sich der „Bewegung der Staudambetroffenen“ an. Nach langen Kämpfen erreichten die Bewohner von Itá schließlich im Jahr 1990, dass sie in den Bezirk Campo-Erê in Santa Catarina umgesiedelt wurden. Seit Ende der 90er Jahre ist Joceli Aktivist gegen den Bau und die negativen Wirkungen von Staudämmen und arbeitete in den Bewegungen zum Staudamm Machadinho im Uruguai-Flussbett, im Widerstand gegen den Bau der Staubecken im Rio Chopim im Bundesstaat Paraná und zu den Wirkungen des Staudammbruchs von Mariana im Flusslauf im Bundesstaat Espírito Santo.

Die „**Bewegung der Staudambetroffenen**“ (Movimento dos Atingidos por Barragens – MAB) ist eine wichtige Partnerorganisation der Dreikönigsaktion in Brasilien. Mehr Informationen: <http://www.mabnacional.org.br/>

Veranstaltungsankündigung: [14. Mai 2018, Brasilien: Das](#)

[Bergbau-Desaster von Mariana](#)

Ausführliche Infos zur Katastrophe von Mariana:
<https://www.dka.at/schwerpunkte/das-desaster-von-mariana/>

Terminvereinbarung & Rückfragen:

Dreikönigsaktion – Hilfswerk der Katholischen Jungschar;
Christian Herret: christian.herret@dka.at
Mobiltel. 0676/88 011 – 1071; Tel: 01/481 09 91-41,
Wilhelminenstraße 91/2 f, 1160 Wien,
www.dka.at